

# Weinende Krokodile und auf bessere Zeiten Hoffende

*Insbesondere seit diesem Jahr verweigert sich die Europäische Union mehr oder weniger vollständig der seerechtlichen Pflichtaufgabe, im Mittelmeer ertrinkende Flüchtlinge zu retten. Seit Jahresbeginn, klagt Amnesty International, seien schon mehr als 2.000 Menschen zumeist auf der Fluchtroute von Libyen nach Malta und Italien umgekommen. Im vergangenen Jahr waren es 5.000. Eine erhebliche Dunkelziffer muss wohl noch dazugerechnet werden.*

*Laut UNHCR suchen Geflüchtete ihren Herkunftshöhlen zu großer Zahl über das nordafrikanische Libyen nach Europa zu entkommen. Libyen ist nach der nordatlantischen Tabula Rasa gegen die seinerzeitige Ghaddafi-Regierung kein Staat mehr, hat keine souveräne Regierung und wird von zahlreichen konkurrierenden, mal mehr und mal weniger islamistischen, aber sämtlich brachial gewaltexzessiven Milizen und Warlords beherrscht. Diese machen mit illegalen Internierungen, Menschenhandel, Versklavung, Folter und nicht zuletzt Erpressung von Angehörigen ihre ganz eigene Rechnung mit den im Lande gestrandeten Flüchtlingen. Wer bis dahin noch keine hatte, wird spätestens in Libyen an anerkennungswürdigen Fluchtgründen mehr gegenwärtigen, als viele zu überleben vermögen.*

*Selbst Außenminister Gabriel vergoss angelegentlich seines diesjährigen Libyenbesuchs ob der dort herrschenden Flüchtlingssituation einige Krokodilstränen in Kameras und Mikrofone. Seinen Einfluss auf einen Paradigmenwechsel bei der europäischen Abschottungspolitik geltend zu machen, kam ihm indes nicht in den Sinn. Dass die EU, mit erheblichen Zahlungen die „Küstenwache“ des Failed State Libyen in ihre Flüchtlingsabwehrstrategie einkauft, ist indes nicht nur politisch geschmacklos, sondern auch völkerrechtswidrig. Die Opfer sind eine steigende Zahl Geflüchteter, die von diesen seetüchtig marodierenden Milizionären in ihren Seelenverkäufern aufgebracht, nach Libyen zurückverbracht werden und dort in berüchtigten Internierungslagern verschwinden oder durch Aussetzen dem Verrecken in der Wüste anheimgestellt werden.*

*SOS Méditerranée, M.O.A.S., Seewatch – es sind verschiedene private und ausnahmslos spendenfinanzierte Seenotrettungsschiffe, die versuchen, seit dem vergangenen Jahr dagegen zu halten. In internationalen Gewässern kreuzen sie dort, wo die EU-Agentur Frontex oder die Marinen europäischer Staaten sich nicht mehr blicken lassen. In kalkulierter Mischung von Überschätzung dieser NGOs und auf sie gemünzter Unterstellungen behauptet der italienische Generalstaatsanwalt, die mehr als 50.000 Bootsflüchtlinge, die seit Jahresbeginn die Küsten seines Landes erreichten, hätten dies nur geschafft, weil die privaten*

*Seenotretter\*innen eng mit kriminellen libyschen Schleusern kollaborierten. Belege für solcherlei medial inszenierte Anschuldigungen bleibt die italienische Regierung allerdings schuldig.*

*Zum Beispiel der CSU-Europapolitiker Markus Ferber beteiligt sich munter an solcher unverantwortlichen Kriminalisierung humanitärer Flüchtlingsüberlebenshilfe und folgt dabei dem italienischen Vorbild, konsequent auf Beweise zu verzichten. Das ist offenbar nur eins der propagandistischen Geschütze, die eine interessengeleitete Politik derzeit gegen flüchtlingssolidarisch engagierte Nichtregierungsakteure in Stellung bringen. Razzien gegen nordrhein-westfälische Kirchenasyle, innenministerieller bayerischer Druck gegen Wohlfahrtsverbände, die Kooperation mit dem Landesflüchtlingsrat zu unterlassen, oder Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche, die sich der Abschiebung gut integrierter Mitschüler entgegenstellen, sind weitere Indizien für diesen Trend.*

*Jamaika – wer hätte das gedacht! – verkündet in Schleswig-Holstein mit der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen „humanen Flüchtlingspolitik als Leitlinie“ der Regierungspolitik andere Ziele. Ankündigungen von mehr guter und behördenunabhängiger Beratung, mehr Sprach- und Integrationsförderung für Geflüchtete, ermessenspositiverem Verwaltungshandeln, ein landeseigenes Aufnahmeprogramm, Förderung für die unabhängige Flüchtlingslobby und die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe sowie diverse flüchtlings- und familienfreundliche Bundesratsinitiativen machen Hoffnung. Was die Realpolitik daraus macht und wie weit sich die Landespolitik sowohl vor als nach der Bundestagswahl destruktiven Einflüssen des Bundes zu erwehren vermag, bleibt abzuwarten. Wir sind gespannt.*

Martin Link

Kiel, 6. Juli 2017